

Nürnberg, 28.10.2020

Pressemitteilung

Gemeinde Schwarzenbruck entzieht mit gestrigem Beschluss einem Beitritt zur Allianz gegen Rechtsextremismus die Grundlage

Die Gemeinde Schwarzenbruck hat bereits im vergangenen Jahr, am 17.09.2019, die Aufnahme in die *Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg* entsprechend § 3 unserer Satzung beantragt. Damit möchte sie Mitglied einer starken Gemeinschaft von 152 Kommunen und Landkreisen sowie 247 zivilgesellschaftlichen Initiativen, Organisationen und Institutionen (*Stand: Oktober 2020*) werden.

Uns eint entsprechend Satzung und Handlungsprogramm ein klares Bekenntnis gegen alle Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit insbesondere Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit sowie Menschenverachtung und Demokratiefeindlichkeit. Im Handlungsprogramm heißt es etwa

Für eine starke Allianz gegen Rechts- extremismus in der Metropolregion

In zahlreichen Städten, Gemeinden und Landkreisen der Metropolregion Nürnberg sind rechtsextremistische und rechtspopulistische Gruppen aktiv oder zuhause. Mit immer subtileren Botschaften, mit getarnten Informations- und Freizeitangeboten, insbesondere für Jugendliche, versuchen sie unser Wertesystem in Frage zu stellen. Von ihren Orten in der Metropolregion aus organisieren sie Aufmärsche, Propagandaaktionen und Vernetzungstreffen, die das Ziel haben unser demokratisches Gemeinwesen zu unterwandern. Ihre menschenverachtende Ideologie ist in Teilen der Gesellschaft und in allen Altersgruppen bereits angekommen.

(...)

Es ist aber weiterhin unverzichtbar, dass die Kommunen, die Kirchen, die Unternehmen, Vereine und alle zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure auf rechtsextremistische und rechtspopulistische Agitationen reagieren, um den Neonazis mit ihren Parolen nicht kampflös unser Gemeinwesen zu überlassen. Die in den letzten Jahren von solchen Heimsuchungen betroffenen Städte und Gemeinden haben mit ihren Bürgerinnen und Bürgern hier Bemerkenswertes geleistet. Beispiele dafür sind

Hieraus ergibt sich eine konkrete Handlungsaufforderung, sobald extrem rechte Propaganda vor Ort erfolgt.

In Schwarzenbruck hat sich der ortsansässige Unternehmer Peter Weber seit Ende 2018 durch Youtube-Videos mit klar rassistischen und demokratiegefährdenden Inhalten hervorgetan. Dessen Aktivitäten waren wiederholt Teil regionaler und sogar bundesweiter Berichterstattung (u.a. trat Herr Weber auch bei der Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen in Berlin auf). Herr Weber hat unter dem Deckmantel angeblicher Besorgnis um die Meinungsfreiheit ein bundesweit agierendes Netzwerk namens „Hallo Meinung!“ gegründet. Er sieht die Bundesrepublik auf dem Weg von Migrant*innen beherrscht zu werden, misstraut Informationen der etablierten Medien, lehnt gewählte Parteien als „linksgrün“ ab: Das Heil der Republik liege ausschließlich in seinem Redaktionsnetzwerk „Hallo Meinung“. Dieses hat inzwischen eine Fangemeinde von immerhin 140.000 Personen.

Die *Allianz* hat bei zwei Gesprächen vor Ort in Schwarzenbruck am 14.01.2020 und 22.07.2020 mit den jeweiligen Bürgermeistern und den Fraktionsvorsitzenden des Gemeinderats ausführlich über die Plattform gesprochen und eine klare und konkrete Distanzierung hiervon erwartet. Bei der Bewertung der Aktivitäten des Herrn Weber waren sich die *Allianz*, der Bürgermeister und die Fraktionsvorsitzenden des Gemeinderates auch einig. In der zuletzt diskutierten und gemeinsam verabredeten Erklärung erfolgte nicht einmal mehr die Nennung von Herrn Weber als Person oder des von ihm gegründeten Netzwerkes. Die Distanzierung erfolgte nur noch mit folgender Bezugnahme: *„Dies zeigt sich auch vor Ort in Schwarzenbruck, von wo aus auf einer Onlineplattform über die sozialen Netzwerke Videos, Statements und Thesen verbreitet werden, die Rechtsextremismus, Staatsverdrossenheit und Antiparlamentarismus befördern“*.¹

Diese Formulierung hätte für unser Koordinierungsgremium, welches über den Beitritt zu entscheiden hat, gerade noch genügt, um eine glaubhafte *konkrete* Distanzierung zu dokumentieren.

Auf Antrag der CSU beschloss der Gemeinderat nun am 27.10.2020 mehrheitlich keine Erklärung abzugeben. Das Zeichen, das davon ausgeht, ist fatal. Rechtspopulistische und rassistische Äußerungen sowie diffamierende und menschenfeindliche Aussagen werden unkommentiert stehen gelassen oder nicht als „Schwarzenbrucker Problem“ erkannt. Der gestrige Beschluss entzieht einem Beitritt zur *Allianz* die Grundlage, indem sich die Gemeinde bereits vor Beitritt klar gegen unser Handlungsprogramm stellt, da sie nicht in der Lage ist, eine klare Positionierung abzugeben.

Die Mehrheit des Gemeinderates muss sich nun vielmehr fragen lassen:

- War die Beitrittserklärung wirklich ernst gemeint oder diente sie nur dem Zweck, die eigene Weste nach den öffentlichen Skandalisierungen im Sommer 2019 mit bundesweiter Außenwirkung reinzuwaschen?
- Werden die Aktivitäten des Herrn Weber doch als harmloser bewertet, als es in unseren Besprechungen der Fall war?
- Falls nein: Was ist der Plan, um hiergegen nun *konkret* vorzugehen?

¹ Ursprünglicher Vorschlag der *Allianz*: *Dies zeigt sich auch vor Ort in Schwarzenbruck, wo seitens eines ortsansässigen Unternehmers online über die sozialen Netzwerke Videos, Statements und Thesen verbreitet werden, die Rechtsextremismus, Staatsverdrossenheit und Antiparlamentarismus befördern. (...)*

- Wie erklären Sie, dass sogar das Zentralfinanzamt Nürnberg mittlerweile die erst Mitte 2019 (wohl irrtümlich) zuerkannte Gemeinnützigkeit von „Hallo Meinung!“ widerrufen hat und Sie sich zum Thema verschweigen?
- Wie erklären Sie sich, dass sich andere Kommunen weit mutiger *konkret* gegen rechte Umtriebe vor Ort stellen? Als jüngstes positives Beispiel sei hier nur die Entscheidung des Hilpoltsteiner Stadtrates zur Distanzierung gegen rechte Unterwanderung sogenannter Corona-Rebellen genannt (vgl. <https://cutt.ly/NfWLJi8>).

„Vor diesem Hintergrund betrachten wir die vielen Gespräche um einen Beitritt der Gemeinde Schwarzenbruck zur *Allianz* gegen Rechtsextremismus als gescheitert“, sagt Stephan Doll, Vorsitzender der *Allianz*.

Rückfragen bitte an:

Geschäftsstelle Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg
kontakt@allianz-gegen-rechtsextremismus.de,
oder an Stephan Doll 0911-24916-6